



EUROPÄISCHER KONVENT
DAS SEKRETARIAT

Brüssel, den 26. März 2003 (31.03)
(OR. en)

CONV 641/03

CERCLE I 14

VERMERK

des	Sekretariats
für	den Konvent
<u>Betr.:</u>	Arbeitskreis zum Gerichtshof

1. Der Arbeitskreis unter dem Vorsitz von Herrn Vitorino hat am 17. März seine Erörterungen beendet und hat sich auf den Wortlaut seines Schlussberichts (Dok. CONV 636/03) zu den in ihrem Mandat vorgegebenen Fragen (siehe Anlage zu Dok. CONV 636/03) verständigt.
2. Einige Mitglieder des Arbeitskreises hatten jedoch den Wunsch, auch Fragen zu erörtern, die eine etwaige Zuständigkeit des Gerichtshofs in Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik betreffen. Zu diesem Zweck wird der Arbeitskreis am Freitag, den 4. April 2003 (14.30 - 16.30 Uhr) zu einer zusätzlichen Sitzung in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments zusammentreten. Herr Vitorino lädt alle an dieser Frage interessierten Mitglieder des Konvents ein, an dieser Sitzung des Arbeitskreises teilzunehmen. Im Mittelpunkt der Erörterungen werden insbesondere die in Arbeitsdokument Nr. 10 beschriebenen Optionen (siehe Anlage) stehen.

EUROPÄISCHER KONVENT

Das Sekretariat

Brüssel, den 12. März 2003

CERCLE I

Arbeitsdokument Nr. 10

VERMERK

des	Sekretariats
für	den Arbeitskreis zum Gerichtshof
<u>Betr.:</u>	Gerichtliche Kontrolle der Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

I. Aktueller Sachstand

Nach Artikel 46 des Vertrages über die Europäische Union ist der Gerichtshof für Klagen gegen Handlungen im Bereich der GASP, einschließlich solcher, die den Abschluss internationaler Übereinkünfte im Bereich der GASP zum Gegenstand haben, nicht zuständig. Gemäß Artikel 230 EGV kann der Gerichtshof folglich solche Handlungen nicht für nichtig erklären.

In Artikel 47 EUV heißt es jedoch, dass die Bestimmungen dieses Vertrages die des EG-Vertrags unberührt lassen. Nach Artikel 46 EUV gelten die Bestimmungen des EG-Vertrages über die Zuständigkeit des Gerichtshofs und die Ausübung dieser Zuständigkeit für Artikel 47 EUV. Somit ist der Gerichtshof dafür zuständig, sicherzustellen, dass Handlungen, die den Abschluss internationaler Übereinkünfte im Bereich der GASP zum Gegenstand haben, nicht in die Zuständigkeiten übergreifen, die die Bestimmungen des EG-Vertrages der Gemeinschaft zuweisen ¹.

¹ Urteil des Gerichtshofs vom 12. Mai 1998 (Transit auf Flughäfen), Kommission gegen Rat, Rechtssache C-170/96, Slg. 1998, S. I-2763.

Sieht eine Handlung im Bereich der GASP wirtschaftliche Sanktionen gegen ein Drittland vor, so sind Durchführungsmaßnahmen auf Gemeinschaftsebene erforderlich; sie werden auf der Grundlage der Artikel 60 und 301 EGV getroffen. Handelt es sich um wirtschaftliche Sanktionen gegen Einzelpersonen, so wird Artikel 308 EGV herangezogen. Der Rat hat die Artikel 60 und 301 jedoch weit ausgelegt und sie als Rechtsgrundlage dafür herangezogen, Sanktionen gegen Einzelpersonen oder Vereinigungen anzunehmen, die tatsächlich die Kontrolle über ein Land oder Teile davon ausüben. Gemäß EG-Vertrag übt der Gerichtshof die gerichtliche Kontrolle über alle Durchführungsmaßnahmen dieser Art aus.

II. Mögliche Ansätze

1. Die erste mögliche Option im Zusammenhang mit der gerichtlichen Kontrolle des Gerichtshofs über GASP-Angelegenheiten im Allgemeinen und über internationale Übereinkünfte im Besonderen wäre die Beibehaltung des Status quo wie in Teil I beschrieben. Im Rahmen dieser Option könnte erwogen werden, den Wortlaut der Artikel 60 und 301 EGV dahingehend zu ändern, dass ausdrücklich die Möglichkeit des Erlassens von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Einzelpersonen auf der Grundlage dieser beiden Artikel vorgesehen würde.
2. Eine erste Option im Sinne einer Ausweitung der Zuständigkeit des Gerichtshofs würde bedeuten, dass den nationalen Gerichten die Möglichkeit eingeräumt würde, dem Gerichtshof Auslegungsfragen zur Vorabentscheidung vorzulegen, wenn sie über Fragen zu befinden haben, die mit der Durchführung - durch die Mitgliedstaaten - von GASP-Entscheidungen verknüpft sind, denen die Mitgliedstaaten Wirksamkeit zu verleihen haben.
3. In Teil I wurde erläutert, dass wirtschaftliche Sanktionen gegen Einzelpersonen bereits der gerichtlichen Kontrolle durch den Gerichtshof unterliegen. Sollte gewünscht werden, dass diese Möglichkeit des Rechtswegs auf GASP-Entscheidungen, die Einzelpersonen unter anderen als wirtschaftlichen Gesichtspunkten betreffen können, ausgeweitet wird, so müsste geprüft werden, ob Einzelpersonen das Recht eingeräumt werden kann, vor dem Gerichtshof Klage zu erheben, um
 - entweder die Aufhebung von GASP-Entscheidungen, die sie unmittelbar und direkt betreffen, (z.B. Verbote der Visumerteilung) zu erwirken,

- oder lediglich Schadenersatzansprüche aufgrund der Rechtswidrigkeit der Handlung geltend zu machen, ohne dass der Gerichtshof das Recht hätte, die Handlung aufzuheben oder für nichtig zu erklären.
4. Es können weitere Optionen, die eine wesentliche Erweiterung der Zuständigkeit des Gerichtshofs zum Gegenstand haben, erwogen werden, jedoch würden diese Optionen wahrscheinlich das Gleichgewicht zwischen den Organen im Bereich der GASP verändern. Es geht hauptsächlich um Folgendes:
- die Organe und die Mitgliedstaaten würden das Recht erhalten, beim Gerichtshof die Aufhebung von GASP-Entscheidung mit der Begründung zu beantragen, dass durch diese Entscheidungen die Verfassung oder völkerrechtliche Bestimmungen, die die Union oder alle Mitgliedstaaten als verbindlich anerkannt haben, verletzt würden;
 - die Zuständigkeit des Gerichtshofs würde auf GASP-Angelegenheiten ausgeweitet, und zwar unter den gleichen Bedingungen, wie sie in den Bereichen gelten, die derzeit durch den EG-Vertrag abgedeckt sind.
5. Alle unter den Nummern 2 bis 4 beschriebenen Optionen, die eine Ausweitung der Zuständigkeit des Gerichtshofs vorsehen, könnten Auswirkungen auf die Beschaffenheit der GASP haben; es ist unerlässlich, dass der Konvent diese Optionen bei seiner Aussprache über die GASP erörtert.
6. Bezüglich der Vorab-Gutachten nach Artikel 300 Absatz 6 EGV könnte erwogen werden, dass einem Organ oder einem Mitgliedstaat durch den Vertrag die Möglichkeit eingeräumt wird, ein solches Gutachten anzufordern, damit der Gerichtshof prüft, ob eine geplante internationale Übereinkunft im Bereich der GASP mit den Bestimmungen der Verfassung vereinbar ist.
-